Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe unverlangter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Nr.-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut nnl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 35. Mittwoch den 4. Februar 1891. 85. Jahrgang.

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung.

Bei dem unterzeichneten Rathe ist durch freiwilligen Abgang des bisherigen Inhabers die Stelle eines **Bezirksingenieurs** für den **1. April dis. Js.** mit einem Anfangsgehalte von 3000 ℳ und Pensionsberechtigung neu zu besetzen. Nach dem Regulative über die Gehalte der Gemeindebeamten rückt der Inhaber der Stelle fünf Mal nach je vier Dienstjahren um 200 ℳ, also bis auf 3800 ℳ auf.

Bewerber haben nachzuweisen, daß sie entweder die zweite sächsische Hauptprüfung für den höheren technischen Staatsdienst, und zwar für das Ingenieurfach im engeren Sinne, nach der Verordnung vom 1. Juli 1886 bezw. nach der Verordnung vom 24. December 1851 bestanden, oder einer anderen, dieser gleichstehenden letzten Prüfung in einem deutschen Bundesstaate sich mit Erfolg unterzogen haben.

Die Anstellung erfolgt zunächst probeweise auf ein Jahr.

Gesuche sind unter Beifügung der Zeugnisse bei uns spätestens bis zum 20. Februar d. J. einzureichen.

Leipzig, den 30. Januar 1891.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Eichorius.

Le 384.

### Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom 26. Januar bis 1. Februar d. J. im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 150 Litern stündlichem Consum das 18,8fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,452.

Leipzig, am 3. Februar 1891.

**Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.**

### Nutz- und Brennholzauction.

**Montag, den 9. Februar** d. Js., sollen vom Vormittags 9 Uhr an auf dem diesjährigen Schlage im **Rosenthal**, dicht an der Waldstraßenbrücke und dem Fahrweg nach Gohlis

19 Mstr. Eichen-**Nutzscheite I. u. II. Cl.**,
114 „ Eichen-
33 „ Buchen-
20 „ Ahsiern-
9 „ Linden-
1 „ Eller-
} **Brennscheite,**

unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und **gegen sofortige Bezahlung** an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

**Zusammenkunft:** an der Waldstraßenbrücke, am Rosenthale.

Leipzig, den 29. Januar 1891.

**Des Raths Forstdeputation.**

### Bekanntmachung.

Ein neues vervollständigtes Verzeichniß der Herren Kassen-Aerzte der Ortskrankencasse ist erschienen und liegen Exemplare desselben bei der Kassen-Verwaltung und **den Meldestellen zur Empfangnahme** bereit.

Leipzig, am 3. Februar 1891.

**Die Ortskrankencasse für Leipzig und Umgegend.**
Albert Brockhaus,
Vorsitzender.

### Oeffentliche Handelslehranstalt.

**Beginn des 61. Schuljahres am 6. April dieses Jahres.**

Die Reifezeugnisse der **höheren Abtheilung** der Anstalt (dreijähriger Cursus) berechtigen zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst.

Für junge Leute, welche sich den Berechtigungsschein zum Einjährig-Freiwilligen-Dienste erworben haben, ist ein **fachwissenschaftlicher Cursus von Jahresdauer bei 34 Lehrstunden** in der Woche eingerichtet. **Unterricht in allen Zweigen der Handelswissenschaft.** Französische und englische Sprache obligatorisch, italienische und spanische Sprache facultativ. Schulgeld 240 ℳ für das Jahr.

Anmeldungen erbittet sich der Unterzeichnete in den Wochentagen von 11—12 Uhr.

Leipzig, im Februar 1891.

**Carl Wolfrum,** Director.

### Bekanntmachung.

Die Stelle des **3. Baucontrolleurs** unserer Baupolizei-Abtheilung ist vom **1. März dieses Jahres** an neu zu besetzen.

Die Stelle ist mit einem Anfangsgehalt von 2100 ℳ ausgestattet.

Bautechniker, **welche die staatliche Meisterprüfung** bestanden haben, wollen ihre Bewerbungen unter Beifügung von Zeugnissen **bis 15. Februar dis. Js.** bei uns schriftlich einreichen.

**Chemnitz, den 27. Januar 1891.**

**Der Rath der Stadt Chemnitz.**
Dr. André, Oberbürgermeister. Wilde.

### Bekanntmachung.

Die Cantine im hiesigen Schloßcasernement soll am 1. April d. J. ab anderweitig verpachtet werden. Versiegelte Angebote müssen bis 1. März d. J. der Unterofficier-Schule eingereicht sein. Die Bedingungen können im Fahnenschmiedt-Geschäftszimmer eingesehen werden. Die Vergebung erfolgt an einen der drei Bestbietenden.

Meißenfeld, den 2. Februar 1891.

**Königliche Unterofficier-Schule.**

## Die Wahlen in Spanien.

Aus den bisher vorliegenden Meldungen ist zu entnehmen, daß die spanische Regierung mit dem Ergebniß der Wahlen in den Cortes wohl zufrieden sein kann. Bis zum 2. Februar waren als gewählt festgestellt: 224 Conservative, 37 Liberale, 9 Republikaner und 7 Carlisten. In Madrid wurden gewählt 6 Conservative und 2 Liberale, in Huesca ist Castelar als Sieger aus der Wahlurne hervorgegangen. Man konnte daraus den Schluß ziehen, daß alles in bester Ordnung vor sich gegangen wäre, das ist aber nicht der Fall. In Barcelona drang ein Haufen Wähler in die Wahllocale ein und zerbrach die Urnen, ferner haben Ruhestörungen stattgefunden in Santander, Leon, Bilbao, zwischen Carlisten, Liberalen und Republikanern, in Cartagena, Valencia und Cadix seitens der Republikaner und Socialisten, in Badajoz endlich war die Aufregung so groß, daß Militair zu Hilfe gerufen werden mußte. Es ist offenbar das Streben vorhanden, die Lage im günstigsten Lichte darzustellen. Immerhin ist die erste Probe auf die Anwendbarkeit des Allgemeinen Stimmrechts in Spanien so günstig wie möglich ausgefallen, es hat sich auch unter den veränderten Verhältnissen die Erfahrung erneuert, daß in Spanien die Wahlen stets nach den Wünschen der Regierung ausfallen. Das ist eine Thatsache, welche für die zukünftige Entwickelung des Landes von größter Wichtigkeit erscheint, denn sie beweist, daß durch die Einführung des Allgemeinen Stimmrechts an den bestehenden Zuständen so gut wie nichts geändert worden ist.

Die Auffassung war berechtigt, daß eine Partei, welche so offen gegen die jetzt zum Gesetz erhobene Neuerung Einspruch erhoben hatte, wenn sie ans Ruder gelangte, von der öffentlichen Meinung bekämpft und zur Räumung ihres Platzes gezwungen werden würde. Von den fünf Jahren der Regentschaft sind vier unter dem liberalen Ministerium Sagasta verflossen, erst das fünfte brachte ein Ministerium Canovas del Castillo. Es hat nicht an Kundgebungen gefehlt, welche diesen Umschwung als bedenklich erscheinen ließen, und besonders war es die republikanische Partei, welche geneigt schien, daraus für ihre Zwecke Nutzen zu ziehen. Versuche dazu sind gemacht worden, wie die Wahlberichte aus einer Anzahl Städte erkennen lassen, aber die Gesammtstimmung des Landes ist davon nicht beeinflußt worden. Das ist nach Lage der Verhältnisse und besonders nach der vorangegangenen Entwickelung überraschend, denn man kann sich dabei nicht auf alte, eingewurzelte Gewohnheiten berufen. Das Allgemeine Stimmrecht ist und bleibt ein Wahlsystem, welches die wahre Meinung der Wähler am richtigsten zum Ausdruck bringt. Wird unter der Herrschaft dieses Systems von der jeweiligen Regierung dennoch die gebietende Stellung behauptet, so ist das ein Zeugniß dafür, daß die Wähler sich entweder ihrer Befugnisse nicht bewußt sind, oder daß sie keinen Gebrauch davon machen wollen. Als charakteristisches Merkmal der spanischen Wahlen wird die Gleichgiltigkeit der Wähler und die große Zahl der Wahlenthaltungen hervorgehoben. Man ersieht auch daraus wieder, daß die Spanier in politischer Beziehung völlig unberechenbar sind. Als das Deutsche Reich auf die Carolinen-Inseln Anspruch erhob, geberdeten sich die Spanier im ganzen Lande, als ob man ihnen das Theuerste rauben wollte, und als König Alfons XII. gestorben war, brach fast unmittelbar darauf ein Militairaufstand aus, dessen verderbliche Folgen wesentlich durch die Festigkeit der Königin-Regentin abgewendet wurden, weil sie Gnade für Recht ergehen ließ. Als Canovas del Castillo in Spanien umher reiste, um gegen das Allgemeine Stimmrecht aufzutreten, wurde er in der Provinz beschimpft und bei der Rückkehr nach Madrid sein Wagen mit Steinen beworfen. Nachdem er an die Spitze der Regierung getreten ist, fällt ihm die große Mehrheit der Stimmen zu, und nur in einer Reihe von Städten machen Liberale, Republikaner, Socialisten und Carlisten Opposition. Das sind ebenfalls Wiedersprüche, wie sie sich bei der Erhebung des Anspruchs der Generalität gezeigt haben, in politischen Angelegenheiten mit zu entscheiden. Als das Ministerium Sagasta entlassen wurde, war die Auffassung nach den sonst allgemein geltenden politischen Grundsätzen wohl berechtigt, daß der Monarchie daraus Gefahren erwachsen müßten, das Wahlergebniß liefert den Beweis, daß diese Befürchtung unbegründet war. Das sind eben cosas d'España, wir pflegen in Fällen, wo wir einer unbegreiflichen Thatsache gegenüberstehen, zu sagen: „Das kommt mir spanisch vor!" Man sieht, daß dieses Wort noch heute seine volle Berechtigung hat.

Das der Regierung günstige Wahlergebniß ist in diesem Augenblick um so werthvoller, als sich in dem benachbarten Portugal ein Ausbruch republikanischer Gesinnung gezeigt hat, welcher beim Gelingen wahrscheinlich seine Rückwirkungen auch in Spanien geäußert haben würde. Die Bewegung in Oporto steht nicht so vereinzelt da, wie die ersten Berichte vermuthen ließen, sie war von langer Hand vorbereitet und stand mit gleichartigen Vorgängen in Coimbra, Braga und Bizeu in Verbindung. Auch auf die Hauptstadt Lissabon waren bereits die Pläne der Republikaner gerichtet, und man hoffte, sie nach Abzug der Garnison zu überrumpeln. Der wohlvorbereitete, aber in der Ausführung durch die Führer in Oporto übereilte Plan zum Sturze der Monarchie in Portugal ist glücklicher Weise durch die Energie der Regierung vereitelt worden, es scheint, daß Dom Carlos das Heft vollständig in Händen hat und daß die Bewegung ins Herz getroffen worden ist.

Andernfalls wären die Folgen unberechenbar gewesen, da die Zustände in Spanien trotz ihrer freundlichen Außenseite, wie sie sich nach den Wahlen darbietet, keineswegs so fest sind, als man glauben könnte. Es kommt hinzu, daß eine Krisis in Italien besteht, auf welche die republikanischen Elemente der Bevölkerung nicht ohne Einfluß geblieben sind.

Gegenwärtig ist weder in Spanien, noch in Portugal Grund zu einer düsteren Auffassung der Verhältnisse vorhanden, das Ministerium Canovas verfügt über eine starke Mehrheit der Volksvertretung, die Regierung der Königin-Regentin ist im ganzen Lande populär, und der Nimbus, welchen ihre Persönlichkeit ausströmt, erweist sich mächtig genug, um alle feindlichen Bestrebungen gegen den Bestand der Monarchie zum Schweigen zu verurtheilen. Die republikanische Schilderhebung in Portugal scheint ganz unabhängig von den Parteigenossen in Spanien erfolgt zu sein, denn anderufalls würden entsprechende Kundgebungen in Spanien nicht haben auf sich warten lassen. Nachdem der Versuch, die Monarchie in Portugal zu stürzen, vergeblich war, ist gegründete Aussicht vorhanden, daß darauf eine Klärung der Verhältnisse auf der iberischen Halbinsel hervorgehen wird. Nichts ist so schädlich für bestehende Zustände als der Zweifel an ihrer Haltbarkeit und deshalb ist es mit Freude zu begrüßen, daß die republikanische Erhebung in Portugal stattgefunden hat und sofort kräftig unterdrückt worden ist. Mit der Wiederherstellung des Ansehens der monarchischen Regierung in Portugal ist zugleich eine Befestigung der Monarchie in Spanien verbunden, denn eine republikanische Schilderhebung in Spanien würde auf noch weit kräftigeren Widerstand stoßen, als er in Portugal beobachtet worden ist.

*

## Leipzig, 4. Februar.

* Der **Bundesrath** hat sich in der letzten Zeit mit der Behandlung der **Naturalisationsgesuche** an der Hand eines Antrages **Preußens** beschäftigt. Bei der Handhabung dieser Angelegenheit waren theils durch die Verschiedenartigkeit des Standpunctes in den verschiedenen Bundesstaaten, theils durch die Ausführung der bestehenden Vorschriften vielfach Unzuträglichkeiten entstanden. Dieselben sollen nun dadurch abgestellt werden, daß nach dem Beschluß des Bundesraths an die Einzelregierungen das Ersuchen gerichtet werden soll, über Naturalisationsgesuche ehemaliger Angehöriger des Reiches und solcher Ausländer, welche sich in einem andern Bundesstaate aufgehalten haben oder noch aufhalten, nicht eher Entscheidung zu treffen, als bis den Behörden derjenigen Bundesstaaten Gelegenheit zur Aeußerung gegeben ist, welche entweder als Heimathstaat des Antragstellers oder weil dieser auf ihrem Gebiete sich aufgehalten hat oder noch aufhält, nach dem Freizügigkeits- oder nach dem Gesetz über die Reichs- und Staatsangehörigkeit ein Interesse zur Sache haben.

* Eine charakteristische Probe von der Sprache, die stellenweise auf dem Flügel der protestantischen Orthodoxie geführt wird, findet sich im „Kropper Anzeiger". Das Organ des bekannten Pastors Paulsen in Kropp hatte jüngst das Bildniß des Cultusministers von Goßler gebracht mit der Unterschrift „Unser Papst". Jetzt kommt das gedachte Blatt auf das Bild und die Unterschrift zurück, indem es schreibt: „Es soll durch das Bild bezeugt werden, daß wir denselben Kampf gegen den Minister zu führen haben, wie Luther gegen den Papst. Und darum müssen wir dringend bitten, dies nicht als einen Scherz aufzufassen, sondern als einen bittern Ernst. Luther hat einst die Juristerei verbrannt, um Gottes Wort wieder seinen Platz anzuweisen. Dafür rächen sich jetzt die Juristen an der Kirche, indem sie sie wieder der Menschenknechtschaft überliefern. Aber wir sagen mit Dr. Luther: „Gottes Wort kann nicht gebunden werden." — Wir meinen, Herr Pastor Paulsen hätte das Schriftwort zu beherzigen: „Seid unterthan der Obrigkeit!"

* Die **württembergische Abgeordnetenkammer** hat über den Entwurf der **Verwaltungsreform** die Schlußabstimmung vorgenommen, wobei sich die Annahme derselben mit 70 gegen 13 Stimmen ergab. Von der deutschen Partei stimmten 27 mit Ja, nur der Abgeordnete Wagner von Heilbronn-Amt schlug sich zur Opposition. Von der Linken ist ein volles Drittel, 7 von 21, für den Entwurf eingetreten. Es ergiebt sich schon daraus die Unhaltbarkeit des „beobachterlichen" Vorwurfs, daß die deutsche (nationalliberale) Partei schuld an der Annahme dieses „reactionairen" Gesetzes sei. Abgesehen davon, daß das Gesetz gar nicht reactionair ist, sondern erstens manche Verbesserungen bringt und zweitens sonst nur Bestehendes aufrecht hält (wie die Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher), würden die 27 Nationalliberalen gar nicht stark genug gewesen sein, mit den 13 Ablehnenden eine Mehrheit zu bilden; der Entwurf wäre trotzdem mit 43 gegen 40 Stimmen durchgedrungen. Indessen lag zur Verwerfung desselben Grund nur für solche Politiker vor, welche sprechen: „fiat programma nostrum et pereat mundus". Von einer solchen Sorte von Staatskunst will ein großer Theil der Linken selbst nichts wissen.

* Aus **Belgrad**, 31. Januar, wird gemeldet: Es bestätigt sich, daß das **Cabinet Gruitsch** nicht demissionirt hat, es handelte sich lediglich um die definitive Ernennung eines Ministers des Innern. Der radicale Club hat sein Vertrauen zu dem Ministerium Gruitsch ausgedrückt.

* **Parnell** ist nach wie vor siegesgewiß und in Irland der Held des Tages. Man meldet der „Vossischen Zeitung":

* **London**, 2. Februar. Parnell hat doch noch eine Rede in Irland gehalten und zwar in Ennis; es heißt jedoch, es sei unwiderruflich die letzte. Auf der Reise dahin von Dublin war er auf jedem Haltepuncte Gegenstand begeisterter Huldigungen seitens großer Volksmassen; Gegenkundgebungen fanden nirgends statt. In Ennis selber war sein Empfang ein großartiger. Auf dem Marktplatze hielt Parnell an eine Massenversammlung eine Ansprache, in welcher er in triumphirendem Tone ankündigte, seine Politik, für welche er seit 1880 stets gekämpft, habe jetzt einen neuen glänzenden Sieg errungen. Diese Politik umfasse die Herstellung einer wirklich legislativen Unabhängigkeit für Irland ohne englische Einmischung. Durch das Ergebniß der Wahl in Hartlepool sei sie von dem Volke gut geheißen worden. In wenigen Tagen, fügte Parnell bedeutungsvoll hinzu, werde sich die Wahrheit seiner Behauptung herausstellen, daß das irische Volk eine Lösung der irischen Frage erzielt habe, die seinen Patriotismus für ewige Zeiten mit Ruhm bedecken werde. Irland würde ein Parlament erhalten mit wirklicher Machtbefugniß zur Wahrung der Interessen einer jeden Classe des Gemeinwesens, welches auch die Landbesitzfrage lösen und die Aufsicht über die Polizei ausüben werde. „Ich kämpfe", schloß er, „jetzt nicht für meine eigene Stellung, sondern lediglich für die legislativen Rechte Irlands." Wenn Parnell im Ernste gesprochen hat, läßt sich seine Erklärung fast nur dahin deuten, daß der Riß im irischen Parteilager geheilt sei und daß Gladstone der irischen Partei, die von Parnell als unerläßlich bezeichneten Zugeständnisse betreffs der Wachtvollkommenheiten des künftigen irischen Parlaments zugestanden habe. Die „Daily News", welche darüber Auskunft geben könnten, veröffentlichen Parnell's Rede ohne Erläuterung. Die nächsten Tage werden zeigen, ob Gladstone die Zugeständnisse gemacht hat oder ob Parnell nur die Meinungen verrathen hat, diese Zugeständnisse von Gladstone ebenso entschieden zu fordern, als er selbst dies gethan zu haben scheint.

* Um etwaigen Unruhen zu begegnen, hatte die belgische Regierung zum Tage, an dem die Kundgebung zu Gunsten der Verfassungsdurchsicht stattfinden sollte, zwei Regimenter Miliz einberufen. Während nun zwei Classen der neulich einberufenen Miliztruppen entlassen wurden, mußten diejenigen, deren Garnison Brüssel ist, unter Waffen bleiben. Infolge dessen entstand unter letzteren Unzufriedenheit. Sonntag Nachmittag wollten sich zahlreiche Milizsoldaten auf dem Luxemburgplatz versammeln, wovon jedoch die Militairbehörden benachrichtigt worden waren. Als die mißvergnügten Soldaten in großer Anzahl zu der Versammlung sich auf dem Platze einfanden, erschienen plötzlich Gendarmen. Ueber den Verlauf der Aufstehung meldet man der „Vossischen Zeitung":

* Brüssel, 2. Februar. In Folge der Anwendung des Kriegsministers, die einberufenen Milizsoldaten der Brüsseler Regimenter nicht zu entlassen, entstand gestern Nachmittag eine Armeewolte. Zweihundert Jäger, Carabiniers und Grenadiere versammelten auf dem Luxemburger Platze, theilweise die Marseillaise singend, eine Straßenkundgebung. Officiere, Gendarmerie und Polizei haben die Haufen der aufsässigen Milizsoldaten zerstreut. Andere Soldatengruppen erschienen auf den Janselplatze; sie wurden jedoch auseinandergetrieben. Einzelne Soldatenbanden durchzogen, die Marseillaise singend, die Arbeiterviertel. Beim Nachtappell fehlte in den Kasernen eine Anzahl Soldaten.

Der „Nation" zufolge hatten sich Sonntag Abend von Neuem Soldaten auf dem Luxemburgplatze angesammelt, dieselben wurden aber von der Polizei sofort zerstreut. Die Soldaten kehrten sämmtlich in Ruhe nach ihren Quartieren zurück.

* Ein Interview eines Berichterstatters des Pariser „Figaro" mit dem **Papst** zerstört die letzten Hoffnungen der **Monarchisten**, da der Papst in aller Form die Meinungen Lavigerie's zu den seinigen macht. An den jungen Männern sei es, eine Republik mit einfachen guten Gesetzen zu gründen. Die gute Republik lieben, heiße die schlechte bekämpfen. Wenn man etwas Besseres schaffen könne als eine Republik, so sei es gut, wenn nicht, so müsse man die annehmen. Trotz der bekannten Unzuverlässigkeit des Correspondenten des „Figaro" Bonnefon dürfte die Inhaltsangabe diesmal richtig sein. Die Klerikalen und Monarchisten befinden sich in immer ärgerer Verlegenheit.

## Die Krisis in Italien.

* Aus Rom wird bestätigt, daß der König nur die Präsidenten des Senats und der Kammer bisher empfangen hat und daß Beider Ansichten über die Person des mit der Bildung eines neuen Cabinets zu beauftragenden Vertrauensmannes noch getheilt sind. Die Schwierigkeit der Lage und die Unruhe der Carnevalszeit machen es wahrscheinlich, daß die Neubildung des Cabinets sich etwas hinausziehen wird. Inzwischen trachten sämmtliche Gruppen des Parlaments, sich so viel als möglich innerlich zu kräftigen und äußerlich zu verstärken, um im Kampfe um die Ministerstellen zu siegen. Die Blätter der verschiedenen Schattirungen der bisherigen Opposition, „Opinione", „Fanfulla" und „Tribuna", versuchen eine Art Vertheidigung und sind darauf bedacht, glauben zu machen, daß weder von rechts noch von links Druck ausgeübt worden sei, um die Verlegenheiten der Regierung auszubeuten. Demgegenüber muß festgehalten werden, daß das ganze Spiel der äußerlich regierungsfreundlichen Gegnerschaft von beiden Seiten darauf hinauslief, Crispi möglichst scharfe Bedingungen aufzuzwingen. Es würde durch dieses Hin- und Herziehen die Krisis um höchstens einige Wochen hinausgeschoben, zugleich aber Crispi der Sclave seiner bisherigen Gegner. Er zog es deshalb vor, ehrenvoll abzutreten und es schon jetzt den Gegnern zu überlassen, das von ihm erfolgreich begonnene Werk weiter zu führen.

Sehr viel zu denken geben die Auslassungen der Presse des In- und Auslandes über den Sturz Crispi's. Die Berliner „National-Zeitung" schreibt:

Der Sturz Crispi's wird in Deutschland aufs Lebhafteste bedauert werden. Hat sich doch der bisherige italienische Conseilspräsident seit langer Zeit als ein aufrichtiger Freund Deutschlands erwiesen. In diesem Zusammenhange darf auch an die innigen Beziehungen Crispi's zum Fürsten Bismarck erinnert werden, Beziehungen, die allerdings auch dem italienischen Conseilspräsidenten in den Augen vieler seiner Landsleute ein besonderes Prestige geben; daß dieses seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck fortgefallen war, gehört vielleicht zu den Imponderabilien, welche zu dem Sturze Crispi's mitgewirkt. Die Tripel-Allianz sind Crispi bei der Uebernahme der Regierungsgeschäfte bereits vor, so daß diese hoffentlich auch nach seinem Rücktritte in voller Kraft fortbestehen wird, zumal da Rudini und Nicotera, die als ernsthafte Candidaten für die Nachfolgerschaft Crispi's gelten, bei jeder Gelegenheit ihre volle Zustimmung zum Bündnisse mit Deutschland und Oesterreich betonten. Rudini, der Führer der „jungen Rechten", erklärte sogar bei Gelegenheit einer Wahlrede in seinem sicilianischen Wahlkreise ausdrücklich, daß er genaue Zeit, ehe Crispi mit der Leitung der Regierung betraut wurde, dem Dreibunde aus vollem Herzen zugestimmt habe. Was die Finanzfrage betrifft, welche den Anlaß zum Sturze Crispi's gab, so sind die Vorwürfe sicherlich unbegründet, die gegen die Finanzverwaltung der Linken erhoben worden sind. Waren diese Verhältnisse doch zur Zeit der Herrschaft der Conservativen weit ungünstiger, während es erst Depretis gelungen war, das damalige Deficit zu beseitigen.

Die „Hamburger Nachrichten" bemerken:

Der König hat mit den Präsidenten der Kammer und des Senats die durch das Votum der Kammer geschaffene Lage berathen, nachdem er am Sonnabend Abend 10½ Uhr den Ministerpräsidenten Crispi in Audienz empfangen hatte. Der König behielt sich zunächst seine Entschließung über die Annahme der Demission des Ministeriums vor. Es scheint aber zu einer solchen zu kommen, wenigstens hat der König Rudini, der ihm vom Kammerpräsidenten als Nachfolger Crispi's vorgeschlagen ist, bereits empfangen. Wie dem auch sei, der Rücktritt Crispi's würde nicht nur für Italien, sondern für ganz Europa ein weittragendes Ereigniß sein. Charakteristisch in erster Linie ist die Beurtheilung, welche in Paris über das Votum der italienischen Kammer gegen Crispi herrscht. Das „Journal des Débats" sagt, ob Crispi bleibe oder nicht, jedenfalls würden sich die gegenseitigen Beziehungen Frankreichs und Italiens besser gestalten. Die übrigen Blätter besprechen die Demission Crispi's als eine Thatsache, welche auf die allgemeine europäische Politik nicht ohne Einfluß bleiben werde. Diese Ansicht wird überall da getheilt werden, wo man annahm, daß die Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde im gewissen Sinne mit Crispi stehe und falle. Mit besonderem Interesse muß man den Aeußerungen von englischer und russischer Seite über den Rücktritt Crispi's entgegensehen.

Im Lager der „deutschen" freisinnigen Partei herrscht natürlich eitel Jubel und Frohlocken ob des Sturzes Crispi's, ist er doch wie der gleichfalls gestürzte Tisza eine feste Stütze des vom Fürsten Bismarck, dem Schöpfer des Deutschen Reiches, geschlossenen Dreibundes gewesen.

Alles, was das Werk Bismarck's gefährden, wankend machen oder herabzusetzen geeignet ist, findet vollen Beifall bei diesen Anwälten der Negation, die ihre Aufgabe in der Besserwisserei, Verkleinerung des wahren staatsmännischen Verdienstes und in der Selbstüberhebung in majorem gloriam der Partei erblicken, anstatt positiv an dem Gedeihen der Nation mitzuarbeiten und die Machtstellung des deutschen Volkes befestigen zu helfen.

Von den Jubelhymnen in der Fortschrittspresse mag folgende Auslassung der „Vossischen Zeitung" hier Platz finden:

Es war zu Termini am 6. December, als der italienische Abgeordnete di Rudini, der Führer der „jungen Rechten", bei dem Festmahle, welches seine Wähler für ihn veranstalteten, rückhaltlos aussprach, daß Crispi unbedingt auf die Unterstützung seiner augenwärtigen Politik durch die von Rudini geführte parlamentarische Gruppe zählen dürfe, daß sie auch die innere Politik des Ministerpräsidenten im Wesentlichen zu fördern bereit sei. Und am Sonnabend war es Rudini, der nach Crispi's Rede aufforderte und dem Minister-Präsidenten die Worte ins Antlitz schleuderte: „Das ist frisch" und mit Bonghi, Luzzatti, Finale das Zeichen zur Zerschneidung des Tischtuches zwischen der Rechtheit und Crispi gab. Denn in jener Rede von Termini hatte Rudini auch erklärt: „Man hat nicht, wie behauptet worden ist, den anmaßenden Gedanken, Crispi zum Gefangenen zu machen; man will aber auch selbst nicht Gefangener der Mehrheit sein. Weit entfernt, Crispi zu bekämpfen, will man ihn vielmehr unterstützen, aber ohne über die Grenze der eigenen Meinungen und Ueberzeugungen hinauszugehen." Vielleicht hätte der Redner noch hinzufügen dürfen, daß die Parteien nicht gewillt seien, dem leitenden Staatsmanne ihre Würde und Selbstachtung zum Opfer zu bringen. Crispi nahm keinen Anstand, so gut fremde Berichterstatter, wenn sie die italienischen Finanzen nicht leben wollten, zum Lande hinauszuwerfen, wie seinen eigenen Collegen, wenn sie eine eigene Meinung auch nur andeuten, in brutaler Rücksichtslosigkeit den Stuhl vor die Thüre zu stellen. (!) Er verstand es, seine Widersacher zu entzweien und darum zu beherrschen; immer wieder machte er Kraftproben auf seine diplomatische Geschicklichkeit, auf seinen Einfluß bei der Krone; jede Abstimmung auf Monte Citorio wurde zu einem

SLUB
Wir führen Wissen.